

18

84

Union in Deutschland

Bonn, den 30. Mai 1984

Der Aufschwung muß weitergehen.

Die Regierung Helmut Kohl hat gehalten, was sie versprochen hat: Der Aufschwung ist da.

- Unsere Wirtschaft wächst 1984 um nahezu drei Prozent.
- Die Preise sind wieder stabiler.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt.

So muß es weitergehen. Wir dürfen uns den Aufschwung nicht von Gewerkschaftsfunktionären und der SPD kaputtstreiken lassen.

Stärken Sie den Aufschwung mit Ihrer Stimme.

Am 17. Juni:

CDU wählen

Diese Anzeige erscheint in der Abendpost/Nachtausgabe am 29. 5. und in Bild und Express am 30. 5. 1984.

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Europawahlkampf
im Endspurt/Letzte Tips zur
Wahl am 17. Juni 1984

rosa Teil

Auszüge
aus der Bundestagsdebatte
über die Straffreiheit für
Parteispenden blauer Teil

Die Europapolitik
der Sozialdemokraten/
Anspruch und Wirklichkeit
grüner Teil

■ STREIK

Der Marsch auf Bonn
ein Schlag ins Wasser

weißer Teil S. 2

■ SPD

Analyse vom Parteitag
in Essen

Seite 5

■ Flugblatt

Stoppt den Streik jetzt:
Er kann alles kaputtmachen

Seite 11

■ Anzeige

Wir lassen unsere Landwirte
nicht im Stich

Seite 15

■ STREIK

HEINER GEISSLER:

Marsch auf Bonn – ein Schlag ins Wasser

Durch die Aktionseinheit von IG Metall, IG Druck und Papier und SPD, der sich die DKP und andere radikale Gruppen angeschlossen haben, wird deutlich, daß es den Initiatoren des Marsches auf Bonn nicht in erster Linie um die Durchsetzung sozialer Forderungen gegenüber den Arbeitgebern geht, sondern darum, politischen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler zu der Demonstration der IG Metall in Bonn.

Dieser Streik ist – das belegen viele Äußerungen von Gewerkschaftsführern, Sozialdemokraten und Kommunisten – längst ein politischer Streik geworden, ein in der Nachkriegsgeschichte einmaliger Fall parteipolitischen Mißbrauchs der Gewerkschaftsmitglieder. Diese Erkenntnis setzt sich auch in der Mitgliedschaft der IG-Metall durch. Trotz massiver Nötigungen – so wurde von verschiedenen örtlichen Streikleitungen der Eindruck erweckt, als werde Streikgeld nur denjenigen ausgezahlt, die sich an der Demonstration beteiligten – blieb die Zahl der in Bonn Demonstrierenden weit unter den

von den Veranstaltern großspurig angekündigten 200 000 Teilnehmern. Die wenigen zehntausend Teilnehmer zeigen, wie isoliert viele Funktionäre sind; sie waren praktisch unter sich.

Zu den Praktiken im Zusammenhang mit der Demonstration und den Streiks erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner:

In die gleiche Richtung gehen Meldungen, daß bei den Streiks bei Sonntags-Zeitungen Gewerkschaftsmitglieder sich geweigert haben, einen innenunliebsamen Kommentar auf die Titelseite einer Zeitung zu setzen. Dieser Druck zu einer vereinheitlichten öffentlichen Meinungsäußerung ist ein Eingriff in das verfassungsrechtlich garantierte Recht der Pressefreiheit, wie es schon bei der bekannten Äußerung des Vorsitzenden der IG-Druck und Papier, Erwin Ferlemann, festgestellt werden mußte.

Die Gewerkschaften und die IG-Metall werden aufgefordert, sich von diesen Praktiken zu distanzieren. Die Grundrechte sind zu kostbar, als das sie zur Erreichung kurzfristiger tagespolitischer Ziele in Frage gestellt werden dürften. Es wird Zeit, daß alle am Arbeitskampf Beteiligten sich jetzt endlich am Verhandlungstisch einigen, damit noch größerer Schaden für den Staat und die Gesellschaft abgewendet werden. Der Arbeitskampf bringt ohnehin nur Nachteile. Er wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung als schädlich abgelehnt.

STREIKFOLGEN

I. Zur rechtlichen Seite des Arbeitskampfes

Die Entscheidung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit ist korrekt, sie steht in Übereinstimmung mit dem Recht. Die Neutralität gebietet es, daß die Bundesanstalt so handelt, stellte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in der „Aktuellen Stunde“ im Deutschen Bundestag (25. 5. 84) fest.

In Zeiten überschäumender Aggressionen, überschwappender Emotionen ist es gut, sich am Recht zu orientieren. Ich werde deshalb in aller Entschiedenheit die Angriffe des Bundesparteitages der SPD auf den Präsidenten zurück. Der Präsident ist kein „Handlanger“ und die Bundesanstalt kein „willfähiges Instrument der Arbeitgeberseite“. Die SPD fügt der Bundesanstalt mit dieser Diffamierung schweren Schaden zu. Diese Neutralitätsanordnung, auf die sich Präsident Franke stützt, stammt aus dem Jahre 1973. Genehmigt worden ist sie von einem Arbeitsminister sozialdemokratischer Herkunft, von Walter Arendt.

Nürnberg würde, wenn es bei Folgen von Streikpunktstreiks in Bereichen, in denen die Arbeitnehmer vom Ergebnis des Streiks berührt werden, finanzielle Leiden erbrächte, zu nichts anderem als zur Streikkasse der IG-Metall. Aber Nürnberg ist nicht die Verwaltungsstelle der IG-Metall! Das ist eine Verwechslung.

II. Zur gewerkschaftspolitischen Seite des Arbeitskampfes: Zu den Schwerpunktstreiks

Schwerpunktstreiks sind heute etwas anderes als vor fünfzig Jahren. In einer dicht verflochtenen Gesellschaft haben Schwerpunktstreiks eine andere Wirkung. Sie haben eine Wirkung wie bei einer Reihe aufgestellter Dominosteine: Da brauchen Sie nur den ersten umzuwerfen, und alle anderen fallen um.

Es kann doch nicht der Sinn der Arbeitslosenunterstützung sein, daß die Gewerkschaft 10 000 Streikende unterstützt – und wir 1 Million Arbeitnehmer, die infolge dieses Streiks ohne Arbeit sind.

Wenn der Schwerpunktstreik das Modell zukünftiger Auseinandersetzungen ist, dann brauchen sich die Gewerkschaften nur die Schlüsselstellungen der Wirtschaft auszusuchen und können dann mit einer Hand von Arbeitnehmern streiken und der Rest der Republik ist lahmgelegt. Sie brauchen dann nur noch die Wasserwerker, um eine Stadt in Schach zu halten. Wenn das die Streiktaktik ist, werden sich die Gewerkschaften verändern.

Dann werden die privilegierten Arbeitnehmer, die an diesen Schlüsselstellungen sitzen, die Arbeitnehmer werden, die in Zukunft Arbeitskampf und Forderungen dominieren. Das führt zu einer Entsolidarisierung in der Arbeitnehmer-

schaft. Das führt zu einer Balkanisierung der Gewerkschaften. Das führt zu englischen Verhältnissen. Wir verlieren sozusagen die ausgleichende Kraft der Gewerkschaften.

Ich habe als Sozialminister Sparmaßnahmen zu vertreten, die uns allen schwergefallen sind. Der Streik von einer Million Arbeitnehmern über 4 Wochen kostet die Bundesanstalt für Arbeit, die Krankenversicherung, die Rentenversicherung, das Finanzamt bereits soviel, wie wir in diesem Jahr den sozial Schwächeren an Sparmaßnahmen zumuten mußten.

Das Ergebnis unserer Anstrengungen zerrinnt uns unter den Händen – durch einen rücksichtslosen Arbeitskampf.

Ideologen, die Arbeitnehmer in diesen Kampf gehetzt haben, haben die Gewerkschaften in eine Sackgasse manövriert.

Und die SPD hat Schmiere gestanden, ich habe manchmal den Eindruck, die versuchen, mit Hilfe der Gewerkschaften einen Revanchekampf für Wahlniederlagen durchzuführen.

Ich appelliere an die gestandenen Gewerkschaftler in allen Reihen, bei der SPD, bei der CDU/CSU, wo immer sie sind, sich zusammenzufinden, zusammenzustehen und sich gegen die Eroberung der Ideologen, der Theoretiker der Gewerkschaften gemeinsam zu wehren. Die Arbeiter haben es nicht verdient, daß sie in die Hände von Gewerkschaftsüberwindern geraten.

Ich wünsche den Arbeitnehmern, die jetzt im Streik stehen, ich wünsche denjenigen, die keine Unterstützung erhalten, daß dieser Streik bald ein Ende findet. Deshalb sollen die Partner aufeinander zugehen und dieses schlimme Spiel beenden.

Kommunen müssen für streikbedingte Sozialhilfekosten selbst aufkommen

Der Bund wird den Kommunen keinen Ausgleich für die Sozialhilfeausgaben an Arbeitnehmer gewähren, die durch Liefer- und Produktionsausfälle ihrer Betriebe indirekt vom Streik betroffen sind und vorübergehend keine Beschäftigung haben. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt in Bonn. Nach geltendem Recht – so Waffenschmidt während der Regierungsbildung – ist es die Aufgabe der Bundesregierung, auf eine große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise – haben die Kommunen keinen Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich für Mehrausgaben bei der Sozialhilfe, die gegenwärtig dadurch entstehen, daß die Bundesanstalt für Arbeit die indirekt vom Streik Betroffenen nicht unterstützt. Im übrigen handele es sich nicht um eine dauerhafte Belastung der Sozialhilfeträger, da die Städte und Kreise dazu übergingen, den Streikgeschädigten die Geldleistungen als Darlehen zu gewähren.

Zitat

Für unsere Landeskirche erkläre ich, daß wir für die von den Gewerkschaften geforderte Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus gesamt- und einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkten in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation unseres Landes und angesichts der weltwirtschaftlichen Lage kein Verständnis haben.

Joachim Heubach,
Bischof der evangelischen
Landeskirche Schaumburg-Lippe.

SPD-BUNDESPARTEITAG

Endgültige Absage an die Politik der Mitte

Der Essener Parteitag war der erste ordentliche Bundesparteitag der SPD nach dem Regierungswechsel. Die Partei hat unverkennbare Schwierigkeiten, ihrer Oppositionsrolle inhaltliche Konturen zu geben, zumal der Abschied von der Macht verbunden ist mit gewichtigen personellen Veränderungen in der Führungsspitze.

In Essen hat die SPD den Schlußstrich unter die Ära Schmidt gezogen. Nachdem Herbert Wehner sich bereits im vergangenen Jahr zurückgezogen hatte, ist Brandt nun noch einmal zur bestimmenden Figur der SPD geworden. Er hat die Stunde genutzt und seinen Anspruch nicht zuletzt bei den personellen Entscheidungen erfolgreich unterstreichen können.

Schulterschuß mit den Gewerkschaften

Mehr als die eher verhaltenen Sachdiskussionen bestimmten den Essener Parteitag das Bemühen um einen neuen Schulterschuß mit den Gewerkschaften und die gemeinsam mit den Gewerkschaftsvertretern vorgetragenen Angriffe auf CDU und Bundesregierung.

Die SPD hat sich in Essen als eine Art politischer Streikposten im gegenwärtigen Arbeitskampf dargestellt. Vor diesem Hintergrund sollte man die unglaubliche Entgleisung des Vorsitzenden der IG Druck und Papier Ferlemann sehen, die zwar anschließend von SPD-Sprechern heruntergespielt wurde, im Grunde aber in die Stimmungslage des Parteitages hineinpaßte. (Siehe: SPD als Streikhelfer.)

Politische Schwerpunkte

Von dem Versuch, durch demonstrative Solidarität mit den Gewerkschaften und wahlkampfartige Polemik gegen CDU und Bundesregierung neue Kraft zu gewinnen, wurde die inhaltliche Diskussion auf dem Parteitag teilweise überlagert.

Im Mittelpunkt dieser Diskussion standen erneut die Sicherheitspolitik sowie die **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**.

Daneben befaßte sich der Bundesparteitag allerdings noch mit einer ganzen Reihe von Themen, von denen besonders die **Medienpolitik** und die **Rolle der Frau in der hochtechnisierten Arbeitswelt** zu erwähnen sind. Mit dem Votum gegen eine Wiederaufbereitungsanlage besiegelte die SPD den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der **Kernenergie**.

Kontrovers wurde über die Medienpolitik debattiert. Hier konnte sich die Parteiführung mit der von Peter Glotz eingeleiteten Kehrtwende nur knapp durchsetzen.

Immerhin will sich die SPD nun nicht mehr bedingungslos den neuen Medien und deren privatrechtlicher Nutzung verschließen.

Sicherheitspolitik

Essen hat den **neutralistischen Kurs** des letzten Parteitags in Köln weiter verstärkt:

- Abkoppelung von den USA;
- Ausstieg aus der bewährten Strategie der NATO;
- Verharmlosung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes.

Die SPD bekennt sich nicht einmal mehr formelhaft zur Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Es dominieren **Kritik, Mißtrauen und schwere Beschuldigungen**:

„Eine Rüstungspolitik, die den Gegner aus der Position der militärischen Überlegenheit zum Nachgeben zwingen will, gefährdet den Weltfrieden.“ (Beschluß 259, III.)

Die SPD bemüht sich, **unterschiedliche Sicherheitsinteressen** zwischen Westeuropa und Nordamerika zu konstruieren:

„Dabei ist es offensichtlich, daß das Sicherheitsinteresse Westeuropas aufgrund der geopolitischen Lage nicht deckungsgleich mit dem der atlantischen Partner sein kann und daß die Sicherheitsphilosophie von Nuklearmächten eine andere ist als die der Nicht-Nuklearmächte.“ (Beschluß 259, I.)

Die SPD hat sich in Essen endgültig von der atlantischen Strategie des militärischen Gleichgewichts und der Abschreckung abgewendet. Sie flüchtet sich in **unrealisierbare „alternative“ Strategiekonzepte**:

„Angesichts der Gefahr, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung zunehmend ihren Zweck der Kriegsverhütung verfehlt und damit für die Bürger an

Überzeugungskraft verliert, muß die Strategie des Bündnisses ... verändert werden.“ (Beschluß 259, V.) Die Sozialdemokraten erklären ihre Bereitschaft zu weiteren **einseitigen Abrüstungsschritten**:

„Selbständige Abrüstungsschritte einer Seite, zeitlich und regional (sektoral) begrenzt, können, soweit sie die Verteidigungsfähigkeit nicht gefährden, die dazu notwendigen Verhandlungen und Vereinbarungen fördern.“ (Beschluß 259, VI 6.)

Schließlich fordert die SPD, unsere **Verteidigung** von der nuklearen Abschreckung **auf eine konventionelle Abschreckung zu verlagern**:

„Ein neues Sicherheitskonzept muß von der nuklearen Abschreckung weggeführt und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird.“ (Beschluß 259, VI.)

Nach Aussagen aller Experten würde eine ausschließlich konventionell gestützte Verteidigung ein Vielfaches der Verteidigung kosten, die auch eine atomare Abschreckung umfaßt. Gleichwohl hat die SPD beschlossen:

„Angesichts der wachsenden Not und Verschuldung der Dritten Welt ist eine **Begrenzung und Rückführung des Rüstungshaushalts** unerlässlich.“ (Beschluß 260.)

Das heißt konkret: Mit weniger Geld sollen erweiterte Aufgaben finanziert werden.

Um den Boden für ihren **neutralistischen Kurs** zu bereiten, verharmlost die SPD zunehmend die politischen und militärischen Absichten der Sowjetunion. Kein Wort verlieren die Sozialdemokraten in ihren sicherheitspolitischen Beschlüssen über den anhaltenden Vernichtungskrieg der Sowjetunion gegen Afghanistan, über die Unterdrückung

der Freiheit in Polen oder über sowjetische Stellvertreterkriege in Kambodscha, Angola und anderswo. Stattdessen wünscht sich die SPD die **Sowjetunion als Sicherheitspartner:**

„Auch an diesem Beispiel wird deutlich, wie notwendig es ist, den potentiellen Gegner als Partner der gemeinsamen Sicherheit zu sehen und daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen.“ (Egon Bahr)

Wirtschaftspolitik

Die SPD verfügt auch nach Essen nicht über ein Konzept zur Bewältigung der wirtschaftspolitischen Herausforderungen der achtziger Jahre; sie hat ein solches **Konzept bis 1986 vertagt:** „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf dieser Basis (Vorlage für den Essener Parteitag „Arbeit für alle – gemeinsam die Zukunft gestalten“) bis 1986 eine weiterführende wirtschaftspolitische Konzeption zu erarbeiten.“

Die wirtschaftspolitischen Beschlüsse belegen erneut, daß die SPD auf **mehr Staat und mehr Dirigismus** statt auf private Initiative, Leistungswillen und unternehmerisches Handeln setzt. In dem Beschluß „Arbeit für alle – gemeinsam die Zukunft gestalten“ fordert sie:

- staatliche **Steuerungsmöglichkeiten**
- eine **aktive politische Gestaltung** des Strukturwandels
- eine integrierte zukunftsorientierte Industriepolitik, deren Kernstück ein **nationales Stahl- und Werftenkonzept** sein soll, das mittelfristig Produktionsziele vorgibt,
- ein verstärktes **planerisches** Vorausdenken in der Forschungs- und Technologiepolitik.

Die konkreten Vorschläge der SPD laufen auf eine **Erhöhung der Abgabenlast** hinaus. Die Antwort auf anstehende Pro-

bleme mündet in die Forderung nach **Ausweitung des Staatsanteils.**

Dazu zählen

- die **Wertschöpfungssteuer,**
- die **„Maschinensteuer“**, – Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung aus der Wertschöpfung der Unternehmen, die sich durch technologischen Fortschritt ergibt;
- die **Umweltabgabe,**
- die **Sparbuchsteuer,** – Quellensteuer auf Kapitaleinkünfte,
- die Einbeziehung **aller** Bürger in die Finanzierung der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit,
- eine **Ergänzungsabgabe.**

In einer Zeit, in der Steuersenkungen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen geboten sind, fordert die SPD ein Steuererhöhungsprogramm von vielen Milliarden Mark.

SPD als Streikhelfer

Die SPD unterstützt den Streik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich:

„Der Essener Bundesparteitag der Deutschen Sozialdemokraten erklärt seine Solidarität mit den Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier bei ihrem Kampf um die 35-Stunden-Woche: Wir haben Euch von Anfang an unterstützt, und wir stehen jetzt, da Ihr die Verkürzung der Arbeitszeit durch Streik erkämpfen müßt, unzweideutig hinter Euch und bieten Euch unsere Unterstützung an.“

Die SPD setzt sich damit in eklatanten Widerspruch zu ihrem erklärten Ziel, die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen.

Die SPD unterstützt den Streik aus **politischen Gründen:**

„Wir wissen, auf welcher Seite wir in diesem Kampf stehen.“ (Hans-Jochen Vogel)

„Die SPD kann sich keine schwachen Gewerkschaften und die Gewerkschaften können sich keine schwache SPD leisten.“ (Johannes Rau)

Noch deutlicher sagte es **Erwin Ferlemann**, Vorsitzender der IG Druck und Papier, unter dem Beifall der Delegierten:

„Unter dieser Taktik und Strategie hat auch dieser Parteitag zu leiden. Ich bekenne das offen. Wir haben eine langfristige Streikplanung gemacht. Wir haben alle möglichen Termine einkalkuliert. Aber unsere Landesstreikleitung hat diesen Termin übergangen. Das ist ein Fehler. Das gebe ich zu. Wir haben im nachhinein eine Korrektur vorgenommen. Ich kann garantieren, daß für den Raum Nordrhein-Westfalen die „Bielefelder Zeitung“ ungestört erscheint. Ich kann ebenso garantieren, daß die Zeitung, die immerhin noch die liberalste Berichterstattung auch über SPD-Parteitage bringt, die „Süddeutsche Zeitung“, auch in ihrer Wochenendausgabe ungestört erscheint.“ (Beifall)

Es werden ein paar Blätter nicht erscheinen. Wer deren Struktur kennt, kann eigentlich mit uns gemeinsam gar nicht so traurig sein, daß bestimmte Kommentare erst mit Zeitverzögerung erscheinen.“ (Beifall)

(Parteitagsprotokoll vom 18. Mai 1984, S. 152)

Personelle Veränderungen

Zu den personellen Konsequenzen nach dem Verlust der Regierungsmacht zählen nicht nur der Rückzug von Schmidt und Wehner, sondern auch eine beträchtliche **Verschiebung im neu gewählten Parteivorstand**.

Das Pendel, das vor zwei Jahren in München nach „halb rechts“ ausgeschlagen

war, ist in Essen wieder auf „halb links“ gerückt worden. Bemerkenswert ist beispielsweise das Abschneiden von **Erhard Eppler**, der in München Mühe hatte, überhaupt in den Vorstand hineinzu kommen, und in Essen das sechstbeste Stimmergebnis erzielte.

Das gute Abschneiden von linken Protagés des Parteivorsitzenden – wie beispielsweise **Lafontaine, Engholm, Klose oder Wieczorek-Zeul** – deutet auch auf einen beginnenden Generationswechsel in der Parteiführung hin. Erwähnenswert ist schließlich noch die Tatsache, daß alle sieben Kandidatinnen im ersten Wahlgang gewählt wurden. Zweifellos wird die SPD versuchen, aus diesem innerparteilichen Erfolg der Frauen Kapital zu schlagen.

Blamabler Zweierbund

Es kann niemand mehr daran zweifeln, daß die SPD dabei ist, sich aus einer Volkspartei (und nur mit diesem Anspruch war sie regierungsfähig geworden) in eine linksradikale Gewerkschaftspartei zu verwandeln. Eine große Partei hängt sich also an die Rockschoße der Gewerkschaften; sie läßt sich von ihr die politischen Ziele bestimmen. Man kann auch umgekehrt sagen, die Gewerkschaften hängen sich an die Rockschoße einer Partei. Ein blamabler Identitätsverlust ist es für beide.

FAZ, 29. 5. 1984

■ UMFRAGE

Mit Zuversicht in die Zukunft

Die Bürger sehen immer zuversichtlicher in die wirtschaftliche Zukunft. Dies ergibt eine Befragung bei über 3000 Wahlberechtigten im März 1984 durch das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut (SKF) der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Danach hat der wirtschaftliche Zukunftsoptimismus im Frühjahr 1984 den höchsten Stand seit Mitte 1976 erreicht. Die optimistischen Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung überwiegen die pessimistischen deutlich: 31 Prozent der Bevölkerung erwarten, daß sich die Wirtschaftsentwicklung in Zukunft weiter verbessern wird, 48 Prozent glauben, daß sie gleich bleiben und nur 21 Prozent, daß sie sich verschlechtern wird.

Das Ausmaß der optimistischen Zukunftseinschätzung erschließt sich erst voll vor dem Hintergrund der Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftslage im März 1984. Auch sie wird fortschreitend positiver eingeschätzt. Nur noch ein gutes Viertel der Bevölkerung beurteilt die gegenwärtige Wirtschaftslage negativ, die Hälfte sieht sowohl positive als auch negative Trends, während 21 Prozent die gegenwärtige Situation als ausgesprochen gut einschätzen – 11 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Die gegenwärtigen Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage werden als Erfolg

der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung gewertet. Die ohnehin hohen Kompetenzen der Union in allen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind im März 1984 weiter gewachsen, die Kompetenzvorsprünge der Union vor der SPD mittlerweile gewaltig. Die Union wird bei der Arbeitsplatzsicherung – der wichtigsten politischen Aufgabe – von den Bürgern als viel leistungsfähiger angesehen als die SPD. So trauen 47 Prozent der Befragten der Union die Sicherung der Arbeitsplätze zu, aber nur 28 Prozent der SPD; der Kompetenzvorsprung der Union beträgt also 19 Punkte.

Noch deutlicher überlegen ist die Union bei anderen wichtigen Aufgaben. Bei der Sicherung der Preisstabilität liegt sie nach dem Urteil der Bürger um 27 Prozentpunkte vor der SPD, bei der Verringerung der Staatsverschuldung um 46 Punkte, bei der Förderung der Investitionskraft um 52 Punkte. Auch wenn es darum geht, die Verschmutzung von Luft und Wasser einzudämmen, wird die Union mit 25 zu 20 Punkten als leistungsfähiger angesehen als die SPD. Wirtschaftliche Erfolge sind sichtbar geworden, und das dahinter stehende politische Konzept wird weiterhin anerkannt. Auf beide gründet sich ein wirtschaftlicher Zukunftsoptimismus, der demgemäß nicht euphorisch, sondern Ausdruck des Vertrauens in die nachgewiesene wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Führungskraft der Bundesregierung auch in Zukunft ist.

Bei aller Zuversicht bleiben die Einschätzungen realistisch. 57 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, daß unter der jetzigen Regierung ein Wirtschaftsaufschwung erfolgen wird. Ein etwa gleich großer Anteil (58 Prozent) glaubt aber gleichzeitig, daß die Regierung noch Jahre brauchen wird, um mit den

wirtschaftspolitischen Fehlern der alten Regierung fertig zu werden. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung (81 Prozent) billigen der Regierung eine angemessene Zeit zu, die Wirtschaft neu zu beleben. Bei allem gestiegenen Vertrauen in die Bundesregierung werden von ihr allgemein, also nach wie vor keine kurzfristigen Erfolge erwartet.

Deutlich gestiegen ist allerdings die Erwartung, daß die Arbeitslosigkeit bald verringert werden könne. Von Oktober 1983 bis März 1984 stieg der Anteil derjenigen, die der Regierung dies zu-
trauen, um 6 Prozentpunkte (von 21 auf 27 Prozent). Diese Erwartung ist vor allem in der Unions- und der FDP-Anhängerschaft gestiegen.

Die allgemeine Bereitschaft, zu sparen, ist nach wie vor hoch. So halten 76 Prozent der Befragten die Aussage für richtig, daß „wir den Wohlstand von morgen nur sichern können, wenn wir einige Zeit härter arbeiten und weniger Ansprüche stellen“. 68 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, daß man auch den Arbeitnehmern vorübergehend Opfer abverlangen müsse. Zurückgegangen ist allerdings die Opferbereitschaft von Arbeitnehmern. Dieser Rückgang erfolgt fast ausschließlich in der SPD-Wählerschaft. Hier schlägt sich offenbar der verstärkte Polarisierungskurs der SPD nieder.

Insgesamt kann also im Frühjahr 1984 von einer qualitativen Veränderung im Meinungsklima zur Wirtschaftslage gesprochen werden. Die wahrgenommenen Erfolge haben zu einer realistisch-positiven Zukunftserwartung geführt, ohne daß sich dadurch der Erwartungsdruck, jedenfalls kurzfristig, wesentlich erhöht hat. Diese Kombination von Optimismus und Realismus im Frühjahr 1984 schafft eine Ausgangslage für die Politik, die günstiger als noch vor einem Jahr ist.

Umfrage: Kohl wäre Premier in Europa

Wenn Deutsche, Engländer und Franzosen heute einen „Europäischen Premierminister“ wählen könnten, dann würde der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl diesen Posten einnehmen. Das geht aus einer Meinungsumfrage hervor, die im Auftrag der französischen Wirtschaftszeitung „L'Expansion“ in den drei wichtigsten EG-Ländern durchgeführt wurde.

Das Pariser Blatt wollte unter anderem wissen, welchen der drei Staats- und Regierungschefs die Befragten gern als Chef einer Europa-Regierung sehen würden. Kohl, Mitterrand und Margaret Thatcher kamen bei ihren eigenen Landsleuten am besten weg. Den besten Durchschnitt bei allen drei Ländern zusammen dagegen bekam mit großem Abstand der deutsche Bundeskanzler.

Auf die Frage, welches Land bisher die Wirtschaftskrise am besten gemeistert habe, bezeichneten 70 Prozent der Befragten in den drei Ländern die Bundesrepublik Deutschland als führend.

Immer mehr ausländische Arbeitnehmer nehmen Rückkehrhilfe in Anspruch

Die Zahl der Antragsteller auf Rückkehrhilfe und Beitragserstattung aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist im Monat Mai wiederum kräftig gestiegen. Insgesamt 9905 ausländische Arbeitnehmer – darunter 8386 Türken – stellten bisher einen Antrag auf Rückkehrhilfe. Das bedeutet gegenüber April einen Anstieg um fast 2500. Der Anstieg übertrifft damit noch den Zuwachs im April, der bereits überdurchschnittlich stark gewesen ist.

Stoppt den Streik jetzt: Er kann alles kaputtmachen

Arbeitnehmer, laßt Euch nicht von der SPD aufhetzen. Sie will den Aufschwung nicht und mißbraucht den Streik als politische Machtprobe. Sie will die Bundesregierung schwächen. Ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeitnehmer.

- Jeder Streiktag bringt Riesenverluste.
Allein in der Metallindustrie
- 250 Millionen täglicher Produktionsausfall
 - 35 Millionen Lohnausfall
 - 25 Millionen Steuerausfall
 - 13 Millionen Verlust an Sozialbeiträgen

Und so sieht es in der Automobilindustrie aus: Tag für Tag ein Umsatzausfall von 700 Millionen, d. h. allein 120 Millionen täglich für Daimler Benz.

Ab nächste Woche wird es besonders kritisch: Dann kann unsere Automobilindustrie nicht mehr exportieren. Die Folge: Verlust von Millionenaufträgen im Ausland. Dabei hängt jeder dritte deutsche Arbeitsplatz vom Export ab.

Unter der SPD ging es in der Wirtschaft jahrelang abwärts. Unter der Regierung Helmut Kohl geht es 1984 wieder aufwärts: 3 Prozent Wachstum. Dies bestätigen alle Wirtschaftssachverständigen. Die Exporte nehmen zu. Die Arbeitslosigkeit sinkt: im März und April um 300.000.

Die Mehrheit der Deutschen ist gegen diesen Streik. Wir rufen die Tarifparteien zur Vernunft auf. Stoppt diesen unsinnigsten Streik in der Geschichte der Bundesrepublik jetzt. Bevor er noch mehr Schaden anrichtet. Laßt uns gemeinsam für den Aufschwung arbeiten.

CDU



**Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.**

■ CDU BREMEN

Neumann als Vorsitzender bestätigt

Mit einem eindrucksvollen Vertrauensvotum der 250 Delegierten des ordentlichen Landesparteitages wurde der Landesvorsitzende Bernd Neumann am Sonnabend, 26. 5. 1984, in seinem Amt bestätigt. Vor seiner Wiederwahl hatte Generalsekretär Andreas Penning unter dem starken Beifall der Delegierten Neumann insbesondere für seinen engagierten Einsatz in den zwei Wahlkämpfen des vergangenen Jahres gedankt.

Ebenfalls wiedergewählt wurden der stellvertretende Landesvorsitzende Reinhard Metz, MdB, sowie Georg Abegg als Landesschatzmeister, ein Amt, das Abegg inzwischen seit 12 Jahren innehat.

In seiner kämpferischen, einstündigen Rede war Neumann zuvor auf aktuelle Themen eingegangen. Scharf setzte er sich dabei mit der SPD und ihrem Wahlkampfeslogan „Laßt die Wende wackeln“ auseinander. Dieser Angriff gegen den unübersehbaren wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland wertete Neumann als eine Parole der Arbeitsplatzvernichtung und unterstrich dabei, daß die Kritiker sich doch einmal des Scherbenhaufens erinnern sollten, der 1982 von der SPD übernommen worden sei und von dem heute niemand mehr rede.

Zum Tarifstreit in der Druckindustrie verwies Neumann auf die Weigerung der bremischen Tageszeitungen, eine Anzeige des CDU-Kreisverbandes zum Thema „35-Stunden-Woche“ abzudrucken. Unter dem anhaltenden Beifall der Delegierten stellte er fest, so entwickelte sich die IG Druck und Papier zur IG Druck und Zensur. Einstimmig beschloß der Landesparteitag dazu auch einen Initiativantrag, in dem er seine Empörung über die Äußerungen des IG-Druck-Vorsitzenden Ferlemann auf dem SPD-Bundesparteitag zum Ausdruck bringt und den Gewerkschaftsvorstand auffordert, sich eindeutig von den Äußerungen seines Vorsitzenden zu distanzieren.

Im Verlauf des Parteitages bot der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel in einem politischen Grußwort den Bremer Parteifreunden die Unterstützung seines Verbandes an. In seinen Anmerkungen zur aktuellen Lage, in denen er ebenso wie zuvor schon Neumann auch auf die Steuerreform und das Amnestiegesetz einging, sprach er sich für eine engere Zusammenarbeit der norddeutschen Küstländer aus, um die Interessen dieser Region in Bonn und in Brüssel besser vertreten zu können.

Nach der Verabschiedung von Anträgen zur Landespolitik endete der Landesparteitag am Nachmittag mit einer öffentlichen Veranstaltung zur Europawahl. Dabei hatten die Besucher erstmalig in Bremen Gelegenheit, Egon Klepsch zu begegnen, der ein engagiertes Plädoyer für die Weiterentwicklung der europäischen Einigung hielt.

29. BUNDESMITTELSTANDSKONGRESS

Klares Ja zu den neuen Techniken

Das Motto unseres Kongresses „Mittelstand in der technologischen Herausforderung“ haben wir nicht gewählt, weil neue Technologien derzeit „in“ sind. Wir hätten heute nicht die große Zahl an kleinen und mittleren Unternehmen, wenn nicht der Mittelstand schon immer gegenüber Neuem aufgeschlossen und aufnahmebereit gewesen wäre.

Mit diesen Worten eröffnete der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Gerhard Zeitel, den 29. Bundesmittelstandskongress, zu dem 700 Delegierte und weit über 300 Gäste am 4. und 5. Mai nach Aachen gekommen waren. Er konnte deshalb auch die Bilanz der Veranstaltung vorwegnehmen und wie ein Abstimmungsergebnis verkünden: „Wir sagen ein klares Ja zu den neuen Technologien.“

Die kleinen und mittleren Unternehmen, das sind fast 99 Prozent aller Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, tätigen knapp 55 Prozent der Gesamtumsätze der Wirtschaft und erstellen 54 Prozent des privaten Bruttoinlandproduktes. Sie beschäftigen 64 Prozent aller Arbeitnehmer. Für die marktwirtschaftliche Ordnung ist der Mittelstand ein unverzichtbares Element.

Wir haben nur die Wahl, ob wir in die technologische und wirtschaftliche Abhängigkeit eines zweitklassigen Industriestaates zurückfallen und somit Arbeitsplätze verlieren, oder ob wir selbst die Technik und ihre Anwendung offensiv und menschlich gestalten wollen.

*Bundeskanzler Helmut Kohl
am 19. März 84.*

Es ging also weniger darum, Verständnis und Akzeptanz für die neuen Technologien zu wecken, als vielmehr um die Rahmenbedingungen, die es auch Klein- und Mittelunternehmen erlauben, die Chancen zukunftsweisender Techniken zu nutzen. Deshalb begrüßte Zeitel zwar, daß die Bundesregierung mit ihrem Modellversuch „Technologieorientierte Unternehmensgründungen“ dazu beiträgt, Hemmnisse zu beseitigen, die der Neugründung innovativer Unternehmen entgegenstehen.

Dennoch sollte der Gesetzgeber jede Anstrengung unternehmen, um die Bildung von Risikokapital zu fördern. Und da vor allem bei zu vielen Mittelständlern die Eigenkapitalquote zu weit an Null gerückt sei, dürfe ungeachtet der notwendigen Tarifkorrektur bei der Einkommensteuer nicht vergessen werden, daß auch die steuerliche Überbelastung der Unternehmen abgebaut werden müsse.

Forschungsförderung schließlich dürfe nicht dazu führen, daß sich ohnehin bestehende Wettbewerbsverzerrungen

zwischen Klein- und Mittelunternehmen einerseits und Großunternehmen andererseits verstärken.

Die Frage des Wettbewerbs in der Sozialen Marktwirtschaft und die Forderung gleicher Chancen am Markt war auch das wichtigste Anliegen, das der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, für den Mittelstand vortrug.

Dabei werde man mit dem Abbau der überproportionalen Steuerbelastung kleiner und mittlerer Unternehmen (wegen des Verlaufs der Belastungskurve beschönigend „Mittelstandsbauch“ genannt) sicher noch so lange warten müssen, bis durch Einsparungen die dafür notwendige Finanzmasse zur Verfügung steht. Keinen Aufschub aber duldet die Beseitigung der den Mittelstand bedrohenden Wettbewerbsverzerrungen, von denen ganz besonders der Lebensmittel-einzelhandel betroffen ist. Mit befristeten Maßnahmen müssen, wenn es vorerst gar nicht anders geht, wenigstens Verkaufsstrategien unmöglich gemacht werden, mit denen knallharter Verdrängungswettbewerb praktiziert wird.

Mit Investitionen von nahezu 15 Milliarden DM im vergangenen Jahr hat die Deutsche Bundespost in der privaten Wirtschaft etwa 200 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen. Davon entfallen allein 15 000 Arbeitsplätze auf den Bereich der Breitbandverkabelung. Die im Regierungsbericht „Informationstechnik“ bestätigten Pläne sehen vor, schon jetzt die „elektronischen Straßen“ zu bauen, die später von den verschiedensten Nutzern in Anspruch genommen werden können.

*Bundespostminister
Christian Schwarz-Schilling*

Die Stärke der Bundesrepublik Deutschland besteht in einem dynamischen Mittelstand, in einer Vielfalt von Einzelunternehmen, die sich ihre Nischen in den nationalen und in den Weltmärkten erfüllen. Die deutsche Wirtschaft benötigt den Mittelstand wegen seiner Fähigkeit zur raschen Anpassung an Marktgegebenheiten, seiner Flexibilität in der Produktion sowie des persönlichen Engagements und Einfallsreichtums der Unternehmer, kurzer Informations- und Entscheidungswege und seinem engen Kontakt zum Verbraucher.

*Bundesforschungsminister
Heinz Riesenhuber*

Wie Zeitel erteilte auch Hauser allen Plänen, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen, eine klare Absage. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde zu einer Kostenexplosion bei den kleinen und mittleren Betrieben führen und damit weite Teile der mittelständischen Wirtschaft buchstäblich kaputtmachen. Die einzig vernünftige Alternative zur 35-Stunden-Woche sei der Gesetzentwurf der Bundesregierung für eine Vorruhestandsregelung. Auch wenn die Mittelstandsvereinigung als letzte darauf gekommen wäre, unterstütze sie dieses Angebot als eine akzeptable Alternative.

Mit der Beratung und Beschlußfassung über 91 Anträge stellte die Vereinigung auch ihre Disziplin für politische Kärnerarbeit unter Beweis. Hervorzuheben ist der Antrag der MIT-Kommission „Entstaatlichung“, der mit seinem „Ja zur Privatisierung“ den privaten Freiraum vergrößern und der in 13 Jahren SPD-Politik ständig ausgefertigten Verstaatlichung aller Bereiche ein Ende setzen will.

Am 17. Juni: Ja zu Europa. Ja zur CDU.

Wir lassen unsere Landwirte nicht im Stich.

Durch die Brüsseler EG-Agrarbeschlüsse ist allen Landwirten in der Gemeinschaft viel abverlangt worden. Auch die Bundesregierung mußte dem Kompromiß zustimmen. Aber nur so konnte der EG-Agrarmarkt, der auch den deutschen Landwirten große Vorteile gebracht hat, erhalten werden. Heute sind die EG-Agrarmarktornungen wieder finanzierbar und sicher.

Die Krise des EG-Agrarmarktes war die Folge einer jahrelangen verfehlten Agrarstrukturpolitik. Sie war nicht die Schuld unserer Bauern. Deshalb sorgt die Bundesregierung dafür, daß die deutschen Bauern die Kosten der Brüsseler Beschlüsse nicht allein tragen müssen. Wir sichern die Einkommen in der Landwirtschaft durch:

- Erhöhung der Vorsteuerpauschale um fünf Prozent für landwirtschaftliche Erzeugnisse ab 1. Juli 1984.
- ausgleichende Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

- Auffangen der Härtefälle in der Garantiemengenregelung bei Milch.

Die CDU hat die Interessen der Landwirte immer konsequent vertreten - in Deutschland und Europa. Zu unserer Politik gibt es keine Alternative.

Stimmen Sie deshalb am 17. Juni für Europa. Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für Europa.

CDU



**Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ SCHLAGZEILEN

27 Millionen Deutsche gegen Streik In Streikgebieten noch mehr dagegen

Bild, 28. Mai 1984

Noch kein Streik war so unpopulär wie dieser

FAZ, 26. Mai 1984

(Leserbrief an die Herausgeber)

Regierungs-Appell zur Einigung im Arbeitskampf

General-Anzeiger, 27. Mai 1984

Blüm mahnt: Den Tarif-Krieg stoppen
Eppler: Es geht eindeutig um die Macht
Stuttgarter Nachrichten, 28. Mai 1984

Stoltenberg: Bei langem Streik mehr Arbeitslose

Verbraucher halten sich schon zurück

Bild-Interview, 24. Mai 1984

Pöhl mahnt die Tarifparteien

„Die Stabilitätserfolge nicht aufs Spiel setzen“

Rheinische Post, 23. Mai 1984

Geiger: Streik kann ein Prozent Wachstum kosten

Stuttgarter Nachrichten, 28. Mai 1984

Daimler: Pro Tag 120 Millionen Umsatzausfall

Stuttgarter Nachrichten, 23. Mai 1984

Autohändler im Revier spüren Streik:
„Kunden müssen zu Fuß gehen“
Lieferung von Neuwagen ist „gleich Null“
Westfälische Rundschau, 24. Mai 1984

Konjunktur

Anhaltender Streik drückt Stimmung in der Wirtschaft

Welt, 26. Mai 1984

Handwerk

Schmitker: Fernwirkungen der Streiks jetzt spürbar

Welt, 25. Mai 1984

Einzelhandel

Streiks dämpfen Kaufneigung

Handelsblatt, 24. Mai 1984

Auch die Konsumneigung ist schon vom Arbeitskampf angeschlagen

Handelsblatt, 25./26. Mai 1984

Union in Deutschland – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId